Bekanntgabe nach § 5 (2) UVPG über die Feststellung der UVP-Pflicht für ein Vorhaben der ACTEGA Rhenania GmbH in Grevenbroich

Antrag der ACTEGA Rhenania GmbH auf Genehmigung nach § 16 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) zur wesentlichen Änderung der Anlage zur Lackherstellung

Bezirksregierung Düsseldorf

Düsseldorf, den 13.01.2023

53.04-0092248-0001-G16,8a-0037/22

Die ACTEGA Rhenania GmbH hat mit Datum vom 14.06.2022 einen Antrag auf Genehmigung nach § 16 BImSchG zur wesentlichen Änderung der Anlage zur Lackherstellung auf dem Standort an der Rhenaniastraße 29-37 in 41516 Grevenbroich, Gemarkung Wevelinghoven, Flur 11, Flurstück(e) 3, 269 gestellt. Im Rahmen des beantragten Vorhabens soll die bestehende Anlage zur regenerativen thermischen Oxidation (RTO) zur Behandlung der Produktionsabluftströme durch eine Anlage zur katalytischen Nachverbrennung (KNV) ersetzt werden.

Bei der beantragten Änderung der Anlage zur Lackherstellung der ACTEGA Rhenania GmbH handelt es sich um ein Vorhaben gemäß § 2 (4) Nr. 2 i. V. m. Anlage 1 Nr. 4.4 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG).

Wird ein Vorhaben geändert, für das keine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt worden ist, so besteht gemäß § 9 (2) UVPG für das Änderungsvorhaben die UVP-Pflicht, wenn das geänderte Vorhaben

1. den Größen- oder Leistungswert für die unbedingte UVP-Pflicht gemäß § 6 erstmals erreicht oder überschreitet oder
2. einen in Anlage 1 angegebenen Prüfwert für die Vorprüfung erstmals oder erneut erreicht oder überschreitet und eine Vorprüfung ergibt, dass die Änderung erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen hervorrufen kann.

Entsprechend wurde eine allgemeine Vorprüfung für das Vorhaben nach § 9 (2) Nr. 2 und (4) i. V. m. § 7 (1) UVPG durchgeführt.

Die UVP-Pflicht besteht, wenn die Vorprüfung ergibt, dass das Änderungsvorhaben erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben kann, die nach § 25 (2) UVPG bei der Zulassungsentscheidung zu berücksichtigen wären.

Durch die beantragten Änderungen der Anlage sind keine zusätzlichen erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf die in § 2 (1) UVPG genannten Schutzgüter zu besorgen.

Durch das Vorhaben werden keine Änderungen hinsichtlich Boden, Natur und Landschaft hervorgerufen. Es werden keine neuen Flächen beansprucht und bestehende Nutzungen und Schutzgebiete beeinflusst. Die festgesetzten Gebiete liegen sämtlich außerhalb des Untersuchungsraumes. Planungsrelevante Arten sind

von dem Vorhaben nicht betroffen. Brutstätten sind im Bereich der Anlage nicht vorhanden. Die baulichen Demontage- und Errichtungsmaßnahmen finden auf bereits versiegelter Fläche statt. Der Standort der Anlage und die bestehenden Nutzungen im Umfeld der Anlage werden nicht verändert. Gleiches gilt für die Beschaffenheit der Produktionsanlage und die genehmigte Produktionskapazität.

Belange des Gewässerausbaus, Flächen-, Volumen- oder Oberflächenwasser sind von dem Vorhaben nicht berührt. Das Vorhaben ist ferner nicht mit dem Entstehen zusätzlicher Abwasserströme verbunden. Im Rahmen des bestimmungsgemäßen Betriebes der zu ändernden Anlage entstehen Stoffe o. Gegenstände, deren Erzeugung nicht das wesentliche Kernziel der Anlage abbilden. Im Zusammenhang mit dem Austausch der bestehenden Abluftbehandlungsanlage entstehen keine neuen oder zusätzlichen Abfälle gegenüber dem Status Quo.

Den Antragsunterlagen wurde eine schalltechnische Prognose beigefügt. Diese berücksichtigt das Geräuschaufkommen der geänderten Gesamtanlage. Im Ergebnis kann festgestellt werden, dass die zulässigen Immissionsrichtwerte an den maßgeblichen Immissionsorten durch die geänderte Gesamtanlage eingehalten werden.

Die zu ändernde Anlage unterliegt den Anforderungen der Verordnung zur Begrenzung der Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen bei der Verwendung organischer Lösemittel in bestimmten Anlagen (31. BImSchV) i. V. m. der Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft). Hierzu ergeben sich keine Änderungen im Vergleich zum Status Quo. Im Rahmen der Änderung wird lediglich auf die Stützfeuerung mit Erdgas verzichtet.

Die Anlage der ACTEGA Rhenania GmbH bildet einen Betriebsbereich der unteren Klasse im Sinne von § 3 (5a) BImSchG i. V. m. § 2 Nr. 1 der Störfall-Verordnung (12. BImSchV). Den Antragsunterlagen liegt in diesem Zusammenhang eine Gefahrenanalyse bei. Im Rahmen der praktischen Vernunft sind alle Maßnahmen ergriffen, die einen Störfall ausschließen. Der ermittelte angemessene Sicherheitsabstand wird zudem nicht nachteilig verändert.

Gemäß § 5 (1) UVPG stelle ich daher als Ergebnis der durchgeführten Vorprüfung fest, dass für das beantragte Vorhaben eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nicht besteht.

Die Feststellung ist gemäß § 5 (3) UVPG nicht selbständig anfechtbar.

Im Auftrag

gezeichnet

Thomas Jansen